Nummer 122 Halle, Sonntag, den 25. Mai 1924 59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Pflichten.

Von Dr. Kulenkampff, M. d. R.

Wir geben die Vorschläge des bekannten Wirtschaftspolitikers wieder, ohne zu Einzelheiten Stellung zu nehmen:

Wenn es nach all den Wahlreden nicht bei leeren Versprechungen bleiben soll, so hat der neue Reichstag in sich schon in der kurzen Zeit energisch mit mehreren großen Wirtschaftsfragen zu befassen, die, wie das so häufig vorkommt, gleichzeitig politische und ethische Fragen sind.

Eine davon ist die Aufwertungsfrage. Die dritte Steuernotverordnung hat den Knoten nur durchgehauen, ihn aber nicht gelöst. Wir können die durch die dritte Steuernotverordnung geschaffene Verordnung der Dinge also nur als ein Provisorium ansehen und müssen zu einer brauchbaren Lösung kommen. Es fragt sich, zu welcher. Die neue Lösung muß vor allem klar und eindeutig sein. Unter keinen Umständen darf sie irgendeinen Teil der Frage der Zukunft überlassen. Die deutsche Wirtschaft muß wissen, wie groß ihre Belastung ist. Weiß sie es nicht, so ist keine Vermögensteuer zu veranlagen. Denn bei jeder nicht endgültigen Lösung kann der Schuldner nach den Grundsätzen des ordentlichen Kaufmannes nicht anders, als die Schuld zu 100 Proz. aufgewertet in seine Bilanz einsetzen. Tut er das aber, so ermäßigt sich die im Jahr etwa 1 Milliarde betragende Vermögenssteuer um einen für den Reichshaushalt unerträglichen Betrag.

Endgültig muß die Lösung auch wegen der Auslandskredite sein. Jeder Geldgeber will wissen, wie groß die Passiven des ihm Kredit Wünschenden sind. Lassen sie sich im Augenblick nicht feststellen, so setzt auch er sie mit 100prozentiger Aufwertung ein. Und Kredit brauchen wir, darüber ist kein Wort zu verlieren. Die deutsche Wirtschaft erstickt an der Kreditnot, die ihren äußeren Ausdruck in den hohen Zinsen, die die Banken berechnen, findet. Bei einem Zinssatz von mehr als 30 Proz. kann keine gesunde Wirtschaft laufen, geschweige denn, eine kranke gesund werden, und ganz besonders die schwer kämpfende Landwirtschaft muß unter solchen Zinssätzen erliegen. Den innen kann erst nach längerer Zeit der Wirtschaft billigeres Geld und vor allem langfristiger Kredit zufließen. Langfristiger Kredit entstammt immer dem Sparkapital. Das ist bei uns jetzt nicht vorhanden und wird sich so rasch auch nicht ansammeln. Auch die schlimmste Zeit muß uns ausländisches Sparkapital hinweghelfen. Das sind die Wirtschaftsgründe, die unbedingt für eine endgültige Lösung sprechen.

Es fragt sich nun, wie die Lösung beschaffen sein muß. Die 3. Steuernotverordnung hat die Frage von einer falschen Ecke aus gesehen, hat nur Wirtschaftsgründe gelten lassen und sich allzu stark auf die an sich berechtigte Forderung nach größtmöglicher Schonung der Wirtschaft eingestellt. Die ethische Seite der Sache hat sie nicht berücksichtigt. Sie hat außer acht gelassen, daß durch ihre Aufwertungsformel das große Heer der Sparer, die dem Vaterlande die Kriegsanleihe gaben, entgeistet ist. (Die geringe Zukunftshoffnung, die man ihnen ließ, nützt ihnen im Augenblick gar nichts.) Wenn ich von dem allgemein menschlichen Gesichtspunkte absehe, daß es eine unnötige Ungerechtigkeit ist, daß der Gläubiger des Staates zu enteignen, so geht so etwas auch aus staatspolitischen Gründen nicht. Der Sparer, der sich nicht achselzuckend auf den Standpunkt stellen, daß der, der sein Geld der Wirtschaft (dem Hausbesitz, der Industrie usw.) gab, wenigstens etwas wiederbekommt, der aber, der es dem Vaterlande gab, ganz sicher nichts bekommt. Das ist unmoralisch.

Will man diesen Gesichtspunkte Rechnung tragen, und ich glaube, jeder muß es wollen, so ist folgende Lösung der Aufwertungsfrage denkbar: Daß man vom Zustande des Gläubigers ausgeht, das heißt alle die zusammenstaht, die als Besitzer fest verzinslicher Anlagen bis zur Entwertungsfähigkeit geschädigt wurden, und sie mit einer Umlage unterstützt, die man von den entlasteten Produktionsmitteln erhebt. Man schafft auf diese Weise mehrere Ungerechtigkeiten aus der Welt. Der jetzige Zustand ist so, daß es den Gesetzgeber gar nicht interessiert, wie groß das übrige Vermögen des Gläubigers ist. Es wird in Zukunft von Fällen vorkommen, daß ein in Gold reicher Mann in bevorzugter noch ein paar für ihn fast bedeutungslose Hypotheken aufgewertet erhält, während eine arme Witwe, deren einziger Besitz Kriegsanleihe ist, verhungern muß. Es passiert in Tausenden von Fällen, daß ein Betrieb sich vor Jahr und Tag durch Rückzahlung entlastet hat zu Lasten von Leuten, die dadurch verarmten.

Eine juristisch einwandfreie und zugleich die Gläubiger des Staates berücksichtigende Lösung gibt es nicht. Man muß also nach einer Lösung suchen, die wenigstens menschlich nicht absolut unbefriedigend ist. Die vorgeschlagene ist sicher nicht gut im absoluten Sinne. Aber alle anderen bisher bekannt gewordenen sind noch schlechter. Die bis zur Lebensunfähigkeit durch die Geldentwertung Geschädigten, die durch die falsche Einstellung des Staates zu den Wirtschaftsdingen an ihrem Vermögen Enteigneten sind durch die Gemeinden feststellbar. Sie wurden alle einen Anspruch an den Staat haben. Die entlasteten Produktionsmittel sind ebenfalls feststellbar. An sie hat der Staat einen Anspruch anzumelden der Enteigneten, der natürlich nicht 100 Prozent betragen kann.

Wir werden diesen oder einen ähnlichen Weg gehen müssen, denn kein Mensch kann die ungeheure Schuld der früheren Regierungen an der Enteignung der Gläubiger aller Art bestreiten. Wären die Herren Wirth, Hermes und Robert Schmidt mit ihrer bodenlosen Unkenntnis wirtschaftlicher Dinge nicht gewesen, wir hätten seit Jahren mit der Rechnung in Papier, dem Unfug der Verordnungen gegen Wucher, wo gar kein Wucher war, den unverantwortlichen Rutschkrediten der Reichsbank gebrochen, mit der ganzen unseligen Wirtschaft der vergangenen Jahre. Wir hätten seit Jahren nach Gold gerechnet, und die ganze Aufwertungsfrage wäre zu einer Zeit ins Rollen gekommen, in der die Mark noch Wert hatte. Statt dessen hat man die Hände in den Schoß gelegt, dem Volke „Teuerung" gepredigt, statt von „Verarmung" zu reden, von hohen Preisen gesprochen und von Wucher, statt von Geldentwertung und die Pflicht, die jede Regierung hat, dem Volke in Lebensfragen die Wahrheit zu sagen, außer Acht gelassen.

Schlimm genug, daß gerade die, die jenen Papierschwindel bekämpft haben, die Sache jetzt ausbaden müssen. Es ist ähnlich wie beim Beamten-Abbau. Auch hier traf der Vorwurf die, die an der Hauptsache unschuldig waren, nämlich an dem Aufbau eines zu großen Beamtenkörpers. Aber es hilft nichts. Die Sache muß angepackt werden, ob nach der hier vertretenen Formel oder einer anderen, besseren, darauf kommt es nicht an; die Frage muß gelöst, mit sachlicher, ordentlicher Arbeit gelöst und nicht durchgeschlagen werden, und es muß etwas herauskommen, was nicht, wie die dritte Steuernotverordnung, dem in jedem Menschen liegenden Gerechtigkeitsbedürfnis Hohn spricht.

Wie wir ausgebeutelt werden.

Aus dem Reichswehrministerium wird folgende interessante Gegenüberstellung der monatlichen Bezüge von Mitgliedern der Interalliierten Militär-Kontrollkommission mit denen deutscher Militärpersonen bekannt:

Dienststellung:	Franzosen			Engländer			Deutsche
	Heimatsgehalt	Deutschlandzulage	Summe	Heimatsgehalt	Deutschlandzulage	Summe	Monatseinkommen
Generalleutnant	2400	1638	4038	5135	1638	6773	610.00
Oberst	1533	987	2520	2430	987	3417	387.50
Major	1200	756	1956	1110	756	1866	287.75
Hauptmann	1000	567	1567	780	567	1347	241.25
Oberleutnant	733	567	1300	580	567	1147	177 50
Leutnant	600	567	1167	390	567	957	132 00
Feldwebel	280	327	607	168	327	495	96 00
Unteroffizier	213	252	465	108	252	360	85.75
Mannschaften	10	252	262	48	252	300	69.00

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Angehörigen der J. M.-K.-K. völlig freie Unterkunft erhalten, während aus den geringen deutschen Monatsgehältern auch noch die Wohnungsmiete aufzubringen ist.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Höfle, erklärte in einer Unterredung, die sogenannten französischen „Strafmaßnahmen" in Düsseldorf erfolgten, weil die Stadtverwaltung in Düsseldorf einfach nicht das Geld habe, die von den Franzosen geforderte große Artilleriekaserne für ein Artillerieregiment mit zehn Batterien zu bauen, was von der Stadtverwaltung Düsseldorf eingehend begründet wurde. Den französischen Forderungen fehlt jede rechtliche Grundlage. Im französischen Haushalt für 1924 ist für das Ruhrgebiet immer noch eine Besatzung von 52 715 Köpfen vorgesehen. Auch an der belgisch besetzten Ruhr scheint die Besatzungsstärke nicht herabgesetzt zu sein. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob die Militärbehörden ihre Maßnahmen absichtlich auf ein noch so lange dauerndes Verbleiben in dem rechtsrheinischen Gebiete einstellen. So forderten die Franzosen beispielsweise in Bochum und Dortmund neben anderen militärischen Anlagen in vielen deutschen Orten Kasernen, in Essen 3000 Wohnräume und Ställe für mehr als 1000 Pferde, in Mettmann Wohnräume und militärische Anlagen für mehr als 5 Millionen Goldmark, in Lennep eine kleine Kaserne, in Wülfrat eine Kaserne für ein Infanterieregiment, in Recklinghausen eine Kaserne für ein Kavallerieregiment. Die deutsche Regierung hat diese rechtlich unbegründeten Forderungen, die sie ohne schwerste Gefährdung ihrer Währung nicht erfüllen kann, abgelehnt. Die Gesamtkosten der im altbesetzten Gebiet zurzeit im Bau befindlichen militärischen Bauten belaufen sich auf mehr als 62 Millionen Goldmark. Das Vorgehen der Franzosen hat in Düsseldorf die größte Entrüstung hervorgerufen, da das gesamte Leben Düsseldorfs dadurch schwer beeinträchtigt wird. Mehr als 90 Familien werden durch die Maßnahme der Militärbehörde ihrer Wohnungen beraubt. Sind das die Schlußfolgerungen, die die Militärbefehlshaber aus dem Dawes-Gutachten ziehen wollen?

Parlament der Schwarzhemden.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Rom, Ende Mai.

Als Mussolini nach siegreicher Revolution auf dem Kapitol stand, betrachtete er es als seine erste Aufgabe, den Parlamentarismus als seinen verhaßtesten Gegner den tarpejischen Fels hinabzustürzen. Unendlicher Spott ergoß sich über das Abgeordnetenhaus, dessen Kramladen der öffentlichen Meinung. Endlich würde nun die Schwatzbude des Montecitorio geschlossen und versiegelt werden für immer.

Und heute wird im gleichen Montecitorio auf die gleiche würdige Weise wie seit Jahrzehnten die neue Kammer eröffnet. Es wird sich die Regierungsbank füllen, es wird der Präsident inmitten seiner Minister thronen und über ihm ein würdiger Herr die Glocke schwingen, während die Bleistifte der Stenographen über das geduldige Papier fliegen. Und aus dem Halbkreis gegenüber wird sich bald der, bald jener erheben und reden, reden. Haben nur die Musikanten gewechselt, während die Musik die gleiche bleibt? Nein, hier eben wird sich nach Mussolini der Unterschied zeigen. Die Welt kann wirklich gespannt sein.

Heute also, am 24. Mai. Glorreicher Tag! Im Gegensatz zu anderen Staaten ist Italien stolz darauf, den Krieg gewollt und eröffnet zu haben. Es weiß nichts von einem „unheiligen Pfingsttag", der 24. Mai bezeichnet vielmehr den Anfang, der 4. November den ruhmvollen Ausgang der Straße des Triumphes. Welcher andere Tag also wäre würdiger, die königliche Einweihung des Parlamentes der Schwarzhemden zu schauen?

Die Morgensonne wird durch das Glasdach des hohen Hauses schimmern und den Thron bescheinen, auf dem Viktor Emanuel die Thronrede verliest, die ihm der Ministerpräsident Mussolini überreicht. Stehenden Fußes umgeben die Prinzen des königlichen Hauses den Herrscher, zur Rechten hat er zum erstenmal den Kronprinzen, der nun mit seinen 18 Jahren majorenn geworden ist. Stehend lauschen auch alle Minister, während die Senatoren und Deputierten im Namen des Königs eingeladen werden, sich zu setzen. Es gibt nur zweierlei Tuch: feldgrüne Uniform oder Frack. Selbst die Glücklichen, die sich durch mühsame Jagd einen Tribünensitz erobert haben, müssen sich dieser Vorschrift anpassen.

Ob es am Frackzwang liegt, daß die Sozialisten in letzter Stunde beschlossen haben, die Feierlichkeit durch ihre Enthaltsamkeit zu verschönern? Oder ob sie vor dem Anblick des Halbkreises ihr Haupt verhüllen? Der sieht ja nun allerdings arg verändert, für ein demokratisches Gemüt geradezu herzbeklemmend aus. Der äußerste Sektor auf der Rechten, der so schmal war, daß die paar Faszisten der vorigen Legislaturperiode hinter- und übereinander saßen wie die Hühner auf der Leiter, hat sich gereckt und gestreckt, wie es vor zwei Jahren sicherlich noch kein Mensch für möglich hielt. Er umklammert jetzt bereits die Ministerbank von drei Seiten! Ein „Zentrum" gibt es also auch im graphischen Sinne nicht mehr: in die riesige schwarze Fläche rechts kann der Zeichner 374 Sitze einzeichnen, während ihm für das bisherige Reich der Mitte nur 39 bleiben. Nach diesen, bevölkert von den Resten der „weißen Internationale" Don Sturzos, des italienischen Erzbergers, kommen verschieden schattierte schmale Spalte, das Tummelfeld der Demokraten aller Farben, der Liberalen und Demosozialen und der „verfassungsmäßigen Opposition", insgesamt 41 Mann. Wer scharfe Augen hat, kann eingeschachtelt zwischen diesen Fächern und dem roten Block, der den Halbkreis beschließt, einige Ritzen entdecken, in denen die 7 Republikaner, 4 Frembstämmige, 3 Bauern und 2 Sarden sitzen. Mit 65 Kämpen könnte der linke „Block" stolz darauf sein, wenigstens ziffernmäßig die zweitstärkste Partei zu bilden, wenn er nicht wieder in sich zerfallen wäre in Maximalisten, Unitarier und Kommunisten.

Wie die parlamentarischen Schlachten bei einem solchen Aufmarsch verlaufen werden, kann sich auch der Laie ausrechnen. Der liebe Gott hält es hier ganz gewiß mit den stärkeren Bataillonen. Das hat seinen Gutes. Wie das öffentliche Leben in Italien glücklich befreit ist von den lähmenden Streits, so hat auch das politische nichts mehr von den früher üblichen Krisen zu fürchten. Was Mussolini will, das wird dieses Parlament beschließen. Da gibt es keine Mißtrauensvoten, kein Fallenstellen und keine Auflösungsdrohungen. Die politische Valuta ist auf lange Zeit hinaus staolisiert.

Drei Tage nach der feierlichen Einweihung, am 27. Mai, nimmt die Kammer ihre Arbeit tatsächlich auf. Wer aus der Wahl zum Präsidenten hervorgehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, dafür werden zu viele Namen genannt. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die Opposition den Vizepräsidenten stellt, um den äußeren Schein zu wahren. Die Diskussion über die Thronrede wird den Parteien Gelegenheit geben, ihre Stellung zur faszistischen Regierung festzulegen, und von der Regierung ihrerseits ist ein Programm zu erwarten, das nach Mussolinis gerader Art keiner Frage, liege sie auch auf dem heiklen Gebiete der auswärtigen Politik, aus dem Wege geht. Denn noch immer ist der Diktator sein eigener Außenminister. Und — unumschränkter Gebieter über alle Schwarzhemden. Zur Aufrechterhaltung der Disziplin wurde im faszistischen Großrat beschlossen, von einer Gruppenbildung der Abgeordneten der Regierungspartei abzusehen — sie sollen keine anderen Götter neben Mussolini haben.

Natürlich wartet, wie jede Revolution, auch die faszistische mit Reformen im Kammerleben auf. So ist die Errichtung einer eigenen Rednertribüne geplant, welche jeder von der Redeluft erfaßte Abgeordnete aufsuchen muß. Vielleicht hofft man damit bei gewissen Erscheinungen die Durchschlagskraft der Präsidentenglocke zu erhöhen. Und um der Wortflut Dämme zu setzen, dürfen fortan nach beendigter Diskussion nur noch solche Redner den Mund auftun, die sich als Beweis für solche Notwendigkeit mindestens zwanzig Unterschriften verschafft haben.

Englische Stimmen gegen das Gutachten.

London, 24. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Daily Telegraph veröffentlicht den Text eines Manifestes, das der demokratische Kontrollverband in der Frage des Sachverständigenberichtes verbreitet. Die Bedeutung des Manifestes ist aus der Tatsache zu ersehen, daß der Verband enge Beziehungen zu einflußreichen Kreisen der Arbeiterpartei unterhält. Im einzelnen hat das Manifest folgenden Wortlaut:

Wir sind nach wie vor überzeugt, daß die Politik und die Grundsätze, die im Sachverständigenbericht ausgedrückt sind, wonach das deutsche Volk auch weiterhin ungeheure Summen an die Mitglieder der siegreichen Länder zahlen soll, moralisch verwerflich, politisch unklug und wirtschaftlich katastrophal sind.

Zum Schlusse heißt es: Wir verlangen, daß die Annahme des Berichts durch die französische und die deutsche Regierung unmittelbar dazu führt, daß erstens England auf seinen Anteil an den Reparationen verzichtet, wenn der Gesamtbetrag der deutschen Schuldziffer um einen entsprechenden Teil herabgesetzt wird und daß zweitens Großbritannien den Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unterstützt.

Ein Wink Morgans.

Während Herriot Anstrengungen macht, sein neues Kabinett aufzustellen, wird er bereits von allen Seiten mit guten Ratschlägen überschüttet, die er zum Teil sich doch hinter die Ohren schreiben muß, wenn sie von so bedeutungsvoller Seite kommen, wie von Herrn Morgan, der tatsächlich in den letzten Monaten allein über die Frankenkrise hinweg half. Er gibt jetzt öffentlich zu verstehen, daß Frankreich auf eine weitere finanzielle Unterstützung nur zu rechnen habe, wenn es die innere Politik Poincarés, wie sie in der Anziehung der Steuerschraube und in der Währungsreform bestand, weiter verfolge.

Das ist für Herriot ein sehr unbequemer Druck, weil die Sozialisten den Wahlkampf zum Teil mit der Parole einer Herabsetzung der Steuern geführt haben. Aber er wird nicht umhin können, auf Herrn Morgan Rücksicht zu nehmen, denn sobald der seine Hand von Frankreich zieht, ist der Frank kaum mehr zu halten und stürzt ins Bodenlose. Das bedeutet für die Masse der Franzosen Verelendung in noch höherem Maße als bei uns, weil dort die Zahl der Rentner wesentlich höher ist.

Vertrauliche Verhandlungen.

Die Beratung über die Regierungsbildung.

Ueber die Verhandlungen der Parteiführer über die Regierungsbildung wird folgender Bericht von den verhandelnden Parteien ausgegeben:

Die bereits angekündigten Verhandlungen nahmen am Freitag vormittag unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz ihren Anfang. Es fand eine eingehende Besprechung über die sachliche Grundlage einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offengelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herrührende, mit anderen Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet. Insbesondere verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einstweilen nicht zu veröffentlichen. Die Verhandlungen werden Sonnabend vormittag 10 Uhr im gleichen Kreise fortgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240525018/fragment/page=0001

Wenn auch die Verhandlungen bis zur Stunde noch kein positives Ergebnis gezeitigt haben, so schien doch die Ansicht bei den Teilnehmern vorzuherrschen, daß sie nicht aussichtslos sind und daß dieser Erörterung noch weitere folgen werden.

Der „Vorwärts" schreibt: „Die Stellung der Sozialdemokratie zu einer Bürgerblockregierung ist von vornherein gegeben. Eine solche Regierung wäre die schlimmste Feindin des deutschen Volkes und sie wäre diesem **viel gefährlicher, als irgendeine ihm feindlich gesinnte fremde Regierung ihm werden könnte.** (!!!) Denn was die Feinde im Weltkrieg trotz allem nicht zuwege brachten, Deutschland für alle Zeit rettungslos zugrunde zu richten, das würde eine vom Geist der „Kreuzzeitung" beherrschte Bürgerblockregierung auf dem kürzesten Wege zustande bringen."

* * *

Abermals vertagt.

Berlin, 24. Mai. (Radiotelegramm.) In der Parteiführerbesprechung im Reichstage, die um ½12 Uhr ihr Ende erreichte, sind den Deutschnationalen einige Fragen vorgelegt worden, zu denen die Deutschnationalen erklärten, daß sie sich Fraktionsbeschluß vorbehalten müssen. Der Fraktionsbeschluß der Deutschnationalen findet erst am Montag statt, so daß eine Entscheidung vor Montag nicht herauskommen kann. Die nächste Parteiführerbesprechung wird erst nach der Sitzung der Deutschnationalen zusammentreten.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Das Reichskabinett hat sich, wie wir gestern in einem Teil unserer Auflage mitteilten, entschlossen, bereits mit Wirkung vom 1. Juni eine wesentliche Erhöhung aller Beamtengehälter eintreten zu lassen, so daß in den unteren Besoldungsstufen mit sozialen Zulagen die Höhe der Vorkriegsgehälter wieder erreicht wird, während in den höheren Klassen immer noch ein erhebliches Manko bleibt. Trotzdem aber ist die Neuregelung ein begrüßenswerter Fortschritt, der um so anerkennenswerter ist, als die finanzielle Notlage, die Ende des vergangenen Jahres zur Beschneidung der Beamtengehälter führte, noch nicht überwunden ist. Es war aber damals schon klar, daß die Hungerlöhne, die festgesetzt werden mußten, um zunächst einmal das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen, sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten ließen, ohne die Arbeitslust und auch die Integrität der Beamtenschaft schwer zu beeinträchtigen.

Inzwischen ist am 1. April der erste Ruck nach oben erfolgt, an den sich jetzt der zweite angeschlossen hat, vermutlich, weil inzwischen die Eisenbahnen im wesentlichen saniert sind und Ueberschüsse abzuwerfen beginnen, weil ferner auch der Beamtenabbau fortgeschritten ist und dadurch wesentliche Ersparnisse erzielt werden konnten. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Erhöhung der Beamtengehälter auch die Wirtschaft Rückwirkungen haben muß, weil die Angestellten der Privatbetriebe jetzt ähnliche Forderungen stellen werden, die zu erfüllen schwer sind gerade jetzt in der Zeit schlimmster Kreditnot, wo die Werke ohnehin nicht wissen, wie sie die notwendigsten Geldmittel aufbringen sollen. Aber den Beamten mußte Gerechtigkeit geschehen.

*

Zur Neuregelung der Beamtengehälter wird halbamtlich mitgeteilt: Mit Wirkung vom 1. Juni sollen die Grundgehälter **auf 80 Proz. der Grundgehälter von 1913 festgesetzt werden. Wenn diese Regelung auch noch nicht allem Wunsch der Beamtenschaft Rechnung tragen mag, so muß anderseits beachtet werden, daß sie das äußerste darstellen, was bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches mit einer ordnungsmäßigen Haushaltwirtschaft vereinbar ist und von der Rückwirkung auf die Wirtschaft gerade noch verantwortet werden kann.**

*

Im einzelnen stellen sich die neuen Grundgehälter der Beamten wie folgt dar. In Gruppe I: Anfangsgehalt 804 M., Endgehalt 1068 M.; Gruppe II: 876 M., 1176 M.; III: 960 M., 1284 M.; Gruppe IV: 1104 M., 1476 M.; Gruppe V: 1296 M., 1728 M.; Gruppe VI: 1596 M., 2280 M.; Gruppe VII: 2160 M., 3120 M.; Gruppe VIII: 2400 M., 3600 M.; Gruppe IX: 2820 M., 4140 M.; Gruppe X: 3600 M., 5400 M.; Gruppe XI: 4200 M., 6300 M.; Gruppe XII: 4860 M., 7200 M.; Gruppe XIII: 6300 M., 9600 M.; Gruppe B 1: 10 500 M. Anfangs- und Endgehalt; Gruppe B 2: 12 000 M.; Gruppe B 3: 13 300 M., Gruppe B 4: 14 400 M., Gruppe B 5: 18 000 M.; Gruppe B 6: 27 000 M.; Gruppe B 7: 30 000 M.

*

Die Servisklassen (Wohnungsgeldzuschuß) haben sich infolge der Abstellung der Grundgehälter auch geändert; die Sätze sind dagegen unverändert geblieben:

Servisklassen in Ortsklasse A: Grundgehalt bis 948 M. 202 M.; 948 M. bis 1284 M. 390 M.; 1284 bis 2340 M. 540 M.; 2340 bis 4140 M. 720 M.; 4140 bis 7200 M. 960 M.; 7200 bis 12 000 M. 1260 M.; über 12 000 M. 1560 M.

Von diesen Sätzen werden jedoch wie bisher nur 80 Proz. bezahlt. Die sozialen Zulagen sind um 20 Proz. erhöht worden. Die Frauenzulage beträgt monatlich 10 M., die Kinderzulage ist bei einem Alter von 1 bis 6 Jahren auf 16 M., bis 14 Jahren auf 18 M. und bis 21 Jahr auf 20 M. erhöht worden.

Gescheiterte Verhandlungen.

Produktions- und Lohnausfall.

Bisher fast 200 Millionen Mark.

Der Konflikt im Ruhrbergbau ist immer noch nicht beendet. Die Verhandlungen, die gestern vom Reichskommissar Meßlich mit den Parteien geführt wurden haben zu keiner Einigung geführt. Während die Vertreter der Arbeitgeber gleich zu Beginn der Verhandlungen den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches stellten, gaben die Vertreter der Gewerkschaften die Erklärung ab, daß die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches in der jetzigen Form nicht die Beendigung des Kampfes bedeuten könne. Dadurch blieb dem Reichskommissar vorläufig kein anderer Ausweg, als die Einigungsverhandlungen als erfolglos abzubrechen. Diese Entwicklung der Krise ist in Anbetracht der schwierigen Lage der Wirtschaft sehr bedauerlich.

Die Krise hat bisher einen Produktionsausfall von 150 Mill. M. gezeitigt, ein Verlust, der kaum wieder gutzumachen ist, wenn nicht in allernächster Zeit die Arbeit wieder aufgenommen wird und dann auch nur, wenn durch Anspannung aller Kräfte und durch eine längere Arbeitszeit die Wertmenge vergrößert wird. Aber auch für die Arbeiterschaft selbst bedeutet die Aussperrung einen gewaltigen Verlust. Sie hat in dieser ganzen Zeit, wie der Reichskommissar hervorhob, einen Lohnausfall von 40 Mill. M., eine Summe, für die die Streikgelder der Gewerkschaften selbst mit ausländischer Unterstützung keinen vollwertigen Ersatz bringen können.

Man kann stark in Zweifel ziehen, ob die Bergarbeiter noch lange Zeit diesen Lohnausfall tragen können, zumal bei der heutigen teuren Lebenshaltung. Die dadurch entstehende Notlage kann höchstens dazu beitragen, daß die Erbitterung unter der Arbeiterschaft weiter zunimmt und daß in nicht allzu ferner Zeit den Führern die Herrschaft über die Massen entgleitet. Dann werden lediglich die Kommunisten einen Gewinn aus dem Konflikte ziehen. Diese Tatsache sollte allen beteiligten Kreisen zu denken geben, besonders den Gewerkschaften, denen ja der Kampf der Kommunisten gegen die Gewerkschaften auf Geheiß Moskaus hinreichend bekannt ist.

Die erdrosselte Wirtschaft.

Von der Kruppschen Gußstahlfabrik erfährt die Telegraphenunion, daß infolge des Kohlenmangels ein Teil der Feuerbetriebe heute früh, der andere Teil Sonntag früh stillgelegt werden muß. Wieweit die mechanischen Betriebe weiterarbeiten können, die aus Kohle hergestellten Strom empfangen und verbrauchen, wird im Laufe des Tages festgestellt werden.

Die Zinkhütte in Vergeborbeck bei Essen hat heute wegen Kohlenmangel ihren Betrieb geschlossen.

Die Thyssenwerke müssen wegen Kohlenmangel die Hüttenwerke in Hamborn-Bruchhausen, welche 1300 Arbeiter beschäftigen und die Werke in Dinslaken mit 4000 Arbeitern stillegen. Die Stillegung der Hauptwerke in Mülhausen ist nur noch eine Frage von Tagen.

Nach Einstellung der Notstandsarbeiten steht bereits die untere Sohle der staatlichen Mölterschächte bei Berlin unter Wasser. Bei der Zeche Karoline, Harpener Bergwerksgesellschaft, ist von der Verwaltung angeordnet worden, die Pumpen auf der dritten Sohle einzudecken, da hier damit gerechnet wird, daß die dritte Sohle unter Wasser zu stehen kommt.

* * *

25 000 Dollar vom russischen Proletariat.

„Als erste Sendung aus den Sammlungen für die kämpfenden Bergarbeiter Deutschlands sind von den russischen Gewerkschaften 25 000 Dollar eingetroffen. Für das Geld wurden durch die TASS. auf dem schnellsten Wege Lebensmittel gekauft und an die Bergarbeiter verteilt."

*

So meldet der „Klassenkampf" mit Stolz. Aber wieviel Millionen der mit diesem Gelde genährte Streik den in den Streik hineingewungenen deutschen Arbeitern kostet, das meldet er nicht!

In drei Zeilen.

Gestern abend haben Mussolini und der französische Botschafter Herriere die Ratifikationen des französisch-italienischen Wirtschaftsabkommens ausgetauscht.

*

Die japanische Regierung tröstet sich mit dem Gedanken, den Ausschluß der Japaner aus den Vereinigten Staaten dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten.

*

Im amerikanischen Kongreß ist eine Aktion für die baldige Verstärkung der Flotte eingeleitet worden.

*

Präsident Coolidge hat beschlossen, das Einwanderungsgesetz dem Kongreß erneut zu überweisen. Die Paragraphen über Ausweisung der Japaner sollen mit den bestehenden Verträgen nicht in Einklang.

*

Garde du Corps-Tag. Heute vormittag fand in Potsdam die Denkmalsweihe für die Gefallenen des Garde du Corps statt. Auf dem Kasernenhof der Traditionskompagnie versammelten sich die Angehörigen zu einem Feldgottesdienst. Der Hofprediger Dr. Vogel hielt die Festrede. Nach ihm sprach noch der Oberbürgermeister Rauscher im Namen der Stadt Potsdam.

Die neue Aera der Sanktionen.

Freitag vorm. haben die Franzosen wieder erneute Anforderungen an die Stadtverwaltung Düsseldorf gestellt, und zwar fordern sie die Räumung von Wohnungen, in erster Linie Dienstwohnungen, so z. B. die Dienstwohnung des Präsidenten des Landesfinanzamtes. Die Strafmaßnahmen erfolgen, weil die Stadt Düsseldorf nicht in der Lage ist, die geforderte Kaserne zu bauen. Die neuen Sanktionen treffen die Stadt um so härter, als die Wohnungen bis heute geräumt werden müssen. Die Stadt Düsseldorf hat aber keine Räume mehr, um die auf die Straße gesetzten Familien menschenwürdig unterzubringen. Sie ist gezwungen, für jede Familie Schulräume zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt sind in Düsseldorf 14 Schulen mit etwa 260 Schulräumen beschlagnahmt, 7410 Kinder sind nicht ausreichend beschult. In Duisburg sind gleichfalls 964 Klassenräume beschlagnahmt, 12 578 Kinder sind in Duisburg nicht ausreichend beschult.

*

Wie die Reichsbankstelle Ludwigshafen mitteilt, erschienen vor einigen Tagen in ihrem Geschäftslokal ein französischer Oberstleutnant, ein Adjutant, ein Gendarmerieoffizier und zwei Gendarmen beim Vorstand und teilten diesem eine Verfügung der Rheinlandkommission mit, wonach die Eisenbahnregie bei einer Anzahl pfälzischer Gemeinden gewisse Entschädigungsforderungen wegen angeblicher Sabotageakte nicht habe eintreiben können. Infolgedessen habe man sich genötigt, sich am Reiche schadlos zu halten und bei der Reichsbankstelle Ludwigshafen den Betrag von 1 961 000 Franks zu beschlagnahmen. Die Franzosen nahmen 53 000 Franks und 484 000 Goldmark in Reichsbankscheinen mit.

Krisenstimmung in Rußland.

Aus Moskau wird uns geschrieben:

Nach dem allgemeinen Anschein ist es der Troika gelungen, die gegen den Bolschewismus sich geltend machende Opposition niederzuschlagen. Es hat infolgedessen ein scharfer Ruck nach links eingesetzt. In den Städten und Industriezentren herrschen schreckliche Nervosität und Niedergeschlagenheit. Die gemäßigten Elemente sind furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt. Die allgemeine Unsicherheit und Direktionslosigkeit hat sich auch auf das Wirtschaftsleben übertragen. Für die nächste Zeit ist mit einer alle Gebiete der Oekonomie berührenden außerordentlich scharfen und wahrscheinlich langwierigen Krise zu rechnen.

Schon heute steigert sich die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Die Betriebsstillegungen häufen sich. Es herrscht entsetzlicher Geldmangel. Die Bemühungen der bolschewistischen Regierung, ausländische Kredite zu erlangen, scheinen vergeblich zu sein. Das ist bezeichnend. Die Entwicklung der russischen Politik gebietet den fremden Kapitalisten äußerste Vorsicht. Wie die Verhältnisse heute in Rußland liegen, kann nicht einmal für Wochen, geschweige denn auf längere Sicht disponiert werden.

Ueber die Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen, die in diesen Zusammenhang interessieren dürften, mögen folgende Ziffern über die Einfuhr von Deutschland nach Rußland gegeben werden:

1920 für 6 Millionen Rubel,
1921 für 54 Millionen Rubel,
1922 für 88 Millionen Rubel,
1923 für 49 Millionen Rubel,

woran vor allen Dingen die Tatsache von Belang ist, daß der Betrag der deutschen Ausfuhr nach Rußland im Jahre 1923 sich gegen 1922 um die Hälfte vermindert hat.

*

Wie wir aus Riga zuverlässig vernehmen, haben sich besonders in den letzten Tagen in den Petersburger Vororten die Zahl der Verhafteten außergewöhnlich erhöht. Unter den Eingezogenen befinden sich auffallend viele Arbeiter.

Schläuche für alle Zwecke in allen Weiten und Längen im Spezialgeschäft Gummi-Bieger, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

29. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich bin keine Spur zu jung," widersprach Bärbeli mit ungewohntem Ernst. „Ihr wißt gar nicht, wie alt ich mich fühle. Nicht wahr, Ingrid —" wandte sie sich mit bittend erhobenen Händen und einem rührend flehenden Lächeln, das dem pikanten Kapitzengesichtchen einen ganz neuen Ausdruck verlieh, an die Schwester — „nicht wahr, du nimmst mich mit? Hör nicht auf die andern, liebste, beste Ingrid! Sie wissen nicht, wie gut ich es meine. Ich war immer ein dummes nichtsnutziges Ding und tat nichts als lachen und singen und herumtanzen. Da meint ihr alle, ich hätte kein Herz im Leibe und könnte nicht ernst sein und müßte alle Menschen quälen. Aber das ist nicht wahr. Sieh —" sie glitt vor Ingrid auf den Boden nieder und schlang kindlich liebkosend die Arme um den Schoß der Schwester — „sieh, ich werde dich pflegen und dir keine Spur von Mühe machen — ganz gewiß nicht. Ich will nur bei dir sein. Ich habe dich ja so lieb, Ingrid — jetzt noch viel, viel lieber als früher. Versuche es doch mal mit mir! Sage ja, Ingrid! Bitte, bitte!"

Die kindliche und doch so unendlich rührende Stimme verfehlte ihre Wirkung nicht.

Die unglückliche junge Frau wandte ihr müdes Haupt der kleinen Schwester zu, die, gestern noch ein harmloses Kind, heute um Jahre gereift erschien.

Ja, dieses Kind würde stets gleich lieb zu ihr sein; es würde sie nicht mit Fragen belästigen, würde nicht immerwährend wünschen, daß die „arme Schwester gut schlafen" möge oder lamentieren, wenn sie „keinen Appetit hatte."

Und vor allem: aus diesem kindlichen Mund würde kein böses Wort fallen gegen ihn, gegen Hilmar.

Dies letzte gab den Ausschlag.

„Ja, Bärbeli soll mit mir kommen."

„Wirklich? Wirklich? O, wie ich mich freue!"

Beinahe wäre wieder der Sausewind in Bärbeli zum Durchbruch gekommen. Da fiel ihr Blick auf Ingrids schmerzvolles Gesicht, auf die mißbilligende Miene der Stiefmutter und ein Reif fiel auf ihre Fröhlichkeit.

Beschämt ging sie auf die Schwester zu und küßte sie in demütiger Abbitte.

12. Kapitel.

Oberhalb Lugano, auf halber Höhe des Monte Salvatore, steht zwischen alten Kastanien- und Nußbäumen ein schmuckloses Häuschen — wie angekleht an eine kahle Felswand.

Es mochte früher als Villeggiatur für eine Luganeser Familie gedient haben; seit Jahren schon war es unbewohnt, und in dem kleinen Garten wucherte neben Rosen und Nelken Unkraut, nisteten muntere Schwalbenpärchen.

An diesen stillen, weltvergessenen Ort hatte Ingrid Wendland gedacht für ihre selbstgeschaffene Verbannung. Das Häuschen mit seinen fensterschlossenen grünen Fensterläden und der kleinen Terrasse hatte ihr bereits vor Jahren, als sie in Lugano in Pension war, wohlgefallen. Jetzt erschien es ihr wie ein Asyl des Friedens in ihrer schweren Herzensnot.

Unständig hatten nochmals alle, die sie lieb hatten, der Vater, die Stiefmutter und Geschwister, im Elternhause zu bleiben. Kein Wort daheim sollte sie an ihr Unglück erinnern, kein verletzender Blick von außen her sie treffen.

Vergebens. Mit unheimlicher Hartnäckigkeit war sie bei ihrem Entschluß geblieben.

Fort! Verschwinden aus den Augen, aus dem Gedächtnis all derer, die ihre gewohnte Umgebung bildeten! Sie, die Tiefunglückliche, Schmerzgebeugte, die — Namenlose!

Schweren Herzens ergab sich der Konsul schließlich darein. Sein Zuhaus hatte sich rasch geleert, als die Angst von ihm genommen war, sein Lieblingskind würde an dem Manne ihrer Wahl festhalten, auch wenn sie nicht seinen Namen tragen dürfte. Er selbst machte sich auf nach Lugano, um sich nach dem von Ingrid bezeichneten Häuschen zu erkundigen. Und brachte die Nachricht heim, er habe es dem Besitzer, einem unten in Lugano wohnenden reichen Engländer, für wenig Geld abgemietet. Der neue Mieter könnte seinen Einzug halten, wann es ihm beliebte.

Eine gewisse Ruhe kam über Ingrid, seit sie wußte, an welchem Fleckchen Erde sie ihren Schmerz würde ausweinen können.

Weit, weit weg! In Stille und Einsamkeit! Angesichts der erhabenen Karelle San Salvatore, die den Gipfel des Berges krönt und deren weißschimmernde Mauern weithin leuchten über die blauen Fluten des Sees.

Noch eines gab es, vor dem ihr Herz mit allen Fibern zangte:

Der Abschied von Hilmar!

Sie hatte ihn die ganze Zeit über nicht ein einzigesmal gesehen. Der Konsul hatte es so gewollt. „Rasche Trennung" hatte er geheißen. Und sie hatte sich gefügt — in stummer Resignation. Wiederholt war es auch das Richtige. Je eher sie sich an ein fernes Leben „ohne ihn" gewöhnte, um so besser.

Trotzdem, als sie an dem Morgen erwachte, an dem der Abschied stattfinden sollte — da pochte ihr Herz so ungestüm, daß sie meinte, es müsse springen.

Tiefhängende Wolken bedeckten den Himmel und hüllten ganz Zürich in fast undurchdringlichen Nebel. Ingrid beachtete es nicht. Ihr ganzes Sinnen und Trachten richtete sich auf die nächste halbe Stunde, in der sie den Geliebten noch einmal sehen sollte.

Noch einmal ihn sehen, ihn sprechen, ihn küssen! Und dann — scheiden für immer! Barmherzigkeit!

Mit bebenden Fingern kleidete sie sich an. Sie wies die Hilfe aller zurück. Allein wollte sie sein — allein mit sich und ihrem Empfinden.

Sie nahm an diesem Morgen kein Frühstück zu sich. Ihr war, als müßte ihr jeder Bissen in der Kehle stecken bleiben. Still stand sie am Kamin, in dem ein helles Feuer prasselte, und wartete — wartete — —

Jetzt — ein rasches Läuten unten an der Haustür.

Sie zuckte zusammen und lauschte . . .

Fußtritte in der Halle . . . ein verhaltenes Geflüster vor der Tür da draußen.

Und jetzt öffnete sich die Tür — —

Das Feuer im Kamin lohte empor. Sein heller Schein fiel auf den eintretenden Hilmar der erschreckend bleich und hager aussah. Aber seine Augen leuchteten beim Anblick des geliebten Weibes.

„Ingrid!"

Ein Aufschrei — halb jubelndes Entzücken, halb Verzweiflung — sie sinkt in seine Arme, die sie fest, fest umschließen . . .

Nicht viel reden die beiden in dieser letzten Viertelstunde des Beisammenseins. Hand in Hand sitzen sie auf dem Sofa und lächeln einander an und blicken einander in die Augen — tief eindringlich, als müsse jedes von ihnen sich noch einmal das Bild des andern fest einprägen — einprägen für die Ewigkeit . . .

Nur hie und da ein paar abgebrochene Worte.

„Also — scheiden, Hilmar!"

„Ja, Ingrid."

„Aber — nicht für lange. Es muß bald — kommen!"

„Was Geliebte? Wir beiden haben nichts mehr vom Leben zu erwarten. Was soll kommen?"

„Der — Tod! Ich fühle es — ich lebe nicht mehr lange. Ohne dich? Nein!"

„Ingrid, sprich nicht vom Tod! Ich ertrage es nicht —"

Seine Stimme ist fast heiser vor Erregung.

Sie lächelt trübe.

„Warum nicht? Der Tod ist meine einzige Hoffnung. Täglich, stündlich werde ich zu Gott beten, daß er mich bald zu sich nimmt. Mir ist, als wäre ich dir näher, wenn ich nicht mehr unter den Lebenden weile." Sie legte die Hand auf sein Haupt und streichelte sanft das lockige dunkle Haar, das bereits einige Silberfäden zu durchziehen begannen. „Sieh, Liebster, mein Geist könnte dich umschweben, immerfort, überall. Ich aber, meine Person, darf nicht bei dir sein. Es wäre Sünde — sagen sie."

Er sinkt zu ihren Füßen nieder und birgt den Kopf in ihren beiden schmalen Händen, die er immer wieder an seine Lippen preßt.

Sie schmiegt sich an ihn.

„Dort oben werden wir vereint sein, Liebster."

„Dort oben!" stößt er bitter hervor. „Und hier —"

„Unsere Seelen, unsere Gedanken bleiben auch hier auf Erden vereint, Hilmar!"

Sie verlucht, ermutigend zu lächeln — ein qualvolles Lächeln, das ihm das Herz zerreißt.

„Ingrid! Ingrid!!"

Noch einmal steht sie ihm in die Augen mit einem Blick, der ihre ganze gewaltige, allumfassende Liebe zu ihm ausdrückt.

(Fortsetzung folgt.)

Färbe ohne Kochen

alle Blusen, Waschkleider, Spitzen, Bänder, Sommer-Handschuhe, Florstrümpfe usw. nur mit den weltberühmten echten Heitmann's Blusenfarben, Marke Fuchskopf im Stern.

Heitmann's Farbe spart den Färber.